

**Günter Gloser**

## Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019

**Kerstin Schreyer, MdL**

## „Zu Hause daheim“ – im Alter selbstbestimmt wohnen

**Lothar Koch**

## Armut in einem reichen Land – was von der Arbeit bleibt



## Inhalt:

### 2 Inhalt

---

3 **Vorsitzender der LSVB Franz Wölfli:**  
Rente muss Spiegelbild der Lebensleistung sein.

---

4 **Günter Gloser:**  
Wahlen zum Europäischen Parlament  
am 26. Mai 2019.

---

5 **Kerstin Schreyer, MdL:**  
„Zu Hause daheim“ – im Alter selbstbestimmt  
wohnen.

---

6 **Lothar Koch:**  
Armut in einem reichen Land – was von der  
Arbeit bleibt.

---

### 8 Bericht aus dem Beirat

---

9 **Bernhard Seidenath, MdL:**  
Aktive Teilhabe und würdevolles Leben  
ermöglichen: Demenz in den Fokus rücken.

---

11 **Aus dem Sozialpolitischen Ausschuss:**  
„Zu Hause daheim“ · Bayerische Aktionswoche  
vom 17.–26. Mai 2019.

---

13 **Bernd Fischer:**  
Überarbeitung unserer Satzung.

---

13 **Hermann Lappus in den Vorstand der Bundes-**  
**arbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertre-**  
**tungen e.V. (BAGLSV) gewählt.**

---

### 14 Aus den Mitgliedskommunen

---

### 25 Vorstellung der Neumitglieder

---

### 25 Termine

---

26 **Raymund Haller:**  
Risiken und Gefahren der  
Bargeldabschaffung.

---

### 27 Kommunikations-Service-Seite

---

### 27 Impressum



## Rente muss Spiegelbild der Lebensleistung sein

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eines der häufigsten Wörter, die zur Zeit in den Mund genommen werden, ist „Altersarmut“ bzw. schlicht und einfach „Armut.“ Anlässlich der Präsentation des Paritätischen Armutsberichts 2018 wies der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes darauf hin, dass nach offizieller Lesart in Deutschland mindestens 13,7 Mio. Menschen arm seien. Die amtliche Statistik erfasse, so Dr. Ulrich Schneider, aber lediglich Menschen, die über einen eigenen Haushalt verfügen. Völlig außen vor blieben beispielsweise die 800.000 bis 1.000.000 wohnungslosen Menschen, die über 800.000 Be-

wohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen, von denen rund die Hälfte auf Sozialhilfe angewiesen sei, oder aber die über 200.000 Menschen mit Behinderungen in Wohnheimen, die ebenfalls in aller Regel Sozialhilfe erhielten. Ein Viertel der von Armut Betroffenen seien Rentner, also mindestens rund 3,5 Mio. Menschen.

Teile der Politik sehen die Altersarmut als nicht so großes Problem und verweisen zur Begründung auf die Zahl der Bezieher von Grundsicherung im Alter. Nach dem Statistischen Bundesamt bezogen im Dezember 2017 544.090 Menschen, die 65 Jahre und älter waren, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Für Bayern belief sich die entsprechende Zahl auf 71.431. Auf die Zahl der Grundsicherungsempfänger bei der Frage, wie problematisch die Altersarmut ist, abzustellen, ist schon aus dem Grund angreifbar, weil viele Ältere aus Scham ihren Anspruch auf Grundsicherung nicht realisieren. Otker Bujard glaubt, dass es sich insoweit um die Hälfte aller über 64-jährigen Menschen handelt.

Das Thema Altersarmut hat vor allem vor dem Hintergrund der vom Bundesarbeitsminister ins Spiel gebrachten Respektrente an Fahrt gewonnen. Danach sollen kleine Renten per Zuschlag erhöht werden, und zwar automatisch berechnet durch die Rentenversicherung. Voraussetzung sind mindestens 35 Jahre Einzahlung in die Rentenkasse. Auch Teilzeit, Kindererziehungs- und Pflegezeiten zählen mit, allein Minijobs reichen aber nicht. Generell gilt: Wer nach genau 35 Beitragsjahren weniger als 896 Euro Rente hat, bekommt einen Zuschlag.

Diese Idee von Hubertus Heil ist nicht neu. Eine Rente nach Mindesteinkommen ist der gesetzlichen Rentenversicherung nicht unbekannt. Grundsätzlich verdient der Vorschlag des Bundesarbeitsministers jedoch Zustimmung. Bedenken sollte man jedoch, dass eine der Hauptursachen für Altersarmut die Bedingungen des Arbeitsmarktes sind, also primär der in den letzten Jahren ständig gewachsene Niedriglohnbereich. Ich plädiere daher dafür, die Beitragszeiten während des gesamten Versicherungslebens aufzuwerten. Voraussetzung wären einmal mindestens 35 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten, zum anderen eine Rente unter dem Rentenbetrag, der sich ergäbe, wenn 75 % des allgemeinen Durchschnittsverdienstes erzielt worden wären. Liegen diese Voraussetzungen vor, dann sollte der erzielte monatliche Verdienst um 20 % auf maximal 75 % des allgemeinen Durchschnittsverdienstes erhöht und auf dieser Basis die Rente berechnet werden. Renten unterhalb des Grundsicherungsniveaus würden dadurch verhindert. Darüber hinaus wäre dieser Vorschlag rentenrechtlich systemimmanent und damit gerecht.

Unabhängig wie man dem Problem der Altersarmut zu Leibe rückt: Für mich ist Altersarmut in einem umfassenderen Sinne zu verstehen, gewissermaßen als Lebenslagenarmut (Gerhard Naegele). Damit meine ich den Zugang zu bzw. die Nutzung von immateriellen Ressourcen wie Bildung, Wohneigentum, Gesundheit, soziale Integration, Zugang zu informellen Unterstützungsressourcen oder sozialem Kapital. Aus diesem Grunde habe ich kein Verständnis, wenn Bernd Raffelhüschen sagt: „Altersarmut ist eines der meist überschätzten Phänomene der Gegenwart. Statistisch gesehen ist die Wahrscheinlichkeit, auf ein armes Kind zu stoßen, etwa fünfmal größer, als auf einen armen Rentner zu stoßen.“ Statistisch mag Prof. Raffelhüschen Recht haben, aber eben nur statistisch. Ich hoffe, es ist nicht despektierlich, wenn ich Herrn Raffelhüschen empfehle, einmal das vierte der zehn Gebote zu lesen: „Ehre Vater und Mutter, auf dass du lange lebst und es dir wohl ergehe auf Erden“. Heribert Prantl zieht daraus den Schluss, dass dieses Gebot eine Gesellschaft fordert, in der Alte nicht Angst haben müssen, „in die Wüste geschickt zu werden.“

Im Hinblick auf die große sozialpolitische Bedeutung der Themen Rente und Altersarmut plant die LSVB für die zweite Jahreshälfte ein Symposium zum Thema Rente. Hierzu wollen wir Fachleute aus Wissenschaft und Politik einladen. Aber auch Experten aus den Reihen der LSVB sollen zu Wort kommen.

Ich wünsche Ihnen einen freundlichen und erholsamen Frühling und würde mich sehr freuen, möglichst viele von Ihnen auf unserer Landesdelegiertenversammlung am 1. und 2. Juli in Regensburg begrüßen zu können.

*Freundliche Grüße, Ihr Franz Wölfl, Vorsitzender der LSVB*

## Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019

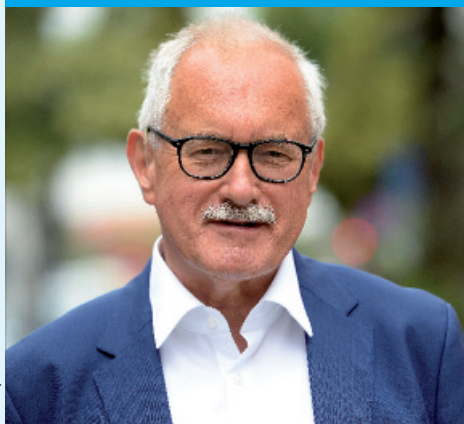


Foto: privat

Herr Gloser.

### Die Europäische Union – Antwort auf die Geschichte des Kontinents

Das politische Klima innerhalb der Europäischen Union und damit in den 28 Mitgliedstaaten hat sich erheblich verändert. Vor allem Rechtspopulisten in einer Vielzahl der Mitgliedstaaten gefallen sich am Zerstören der EU. Sie machen diese für alle möglichen Entwicklungen verantwortlich und unterstreichen dies mit nationalistischem Getöse. Dort, wo sie Regierungsverantwortung tragen, beachten sie nicht die gemeinsam unterzeichneten europäischen Verträge.

Die Europäische Union und damit der Verbund aus 28 Mitgliedstaaten ist in keiner guten Verfassung. Die Finanzkrise, die Migrationspolitik, die Sonderwege einiger Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit (Polen, Ungarn, Rumänien) dokumentieren dies. Verantwortlich zeichnen hierfür die Mitgliedstaaten, nicht die EU. Das Gezerre um den Ausstieg Großbritanniens trägt leider auch dazu bei.

Es lohnt sich in Buchhandlungen, die zahlreichen Bücher über die Geschichte des Kontinents zu entdecken, sei es über den deutsch-französischen Krieg (1870/1871), über die beiden großen Weltkriege, über Friedensschlüsse wie 1919. Das erste Mal in der Geschichte

des Kontinents wird der Streit (fast) nicht mehr mittels Waffen ausgetragen (Ausnahmen: früheres Jugoslawien/Ukraine.)

Das Durchbrechen der Gewaltspirale wird am besten durch die deutsch-französische Aussöhnung vom Elysée-Vertrag bis zum Aachener Vertrag deutlich, aber auch in der Fortentwicklung der Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Die Erklärung zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge aller EU-Mitgliedstaaten 2007 in Berlin ist ein Beleg hierfür. Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zeichnen diese Idee aus. Andere Regionen dieser Welt beneiden uns bei allen Unzulänglichkeiten um diese Entwicklung.

### EU ist die Antwort auf überregionale Herausforderungen

Wir brauchen aber die EU, um den Herausforderungen dieser Zeit und der Zukunft gerecht zu werden. Themen wie Klima- und Umweltschutz, Migration, Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungszusammenarbeit lassen sich effektiv nur zusammen gestalten. Es ist ein Irrglauben, dies im nationalen Alleingang zu schaffen.

Richtigerweise verwies der französische Staatspräsident Macron darauf, dass wir nur durch Kooperation unsere Souveränität wieder (zurück-)gewinnen.

### Stärkung des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament ist neben dem Europäischen Rat (Vertretung der 28 Mitgliedstaaten), der Europäischen Kommission, dem Europäischen Gerichtshof der Ort für die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der EU. Mit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages erhielt das Parlament mehr Rechte. Das Mitentscheidungsverfahren

wurde erheblich ausgeweitet. Aber noch gibt es Defizite im Vergleich zu nationalen Parlamenten, wie z. B. das fehlende Gesetzesinitiativrecht. Dennoch ist es dem Europäischen Parlament gelungen bei vielen Gesetzesvorhaben, seinen Einfluss geltend zu machen.

Leider fehlt den Debatten im Europäischen Parlament die Öffentlichkeit. Was bei uns für selbstverständlich gilt, wichtige Debatten des Bundestages oder des Landtages im Fernsehen oder im Rundfunk zu übertragen, geschieht dies für das europäische Parlament nahezu nicht. Auch die sonstige Wahrnehmung der Europa-Abgeordneten hält sich in Grenzen. Dies finde ich bedauerlich, denn gerade sie können die verschiedenen Diskussionsprozesse über nationale Grenzen hinweg kommunizieren und damit zu einer europäischen Öffentlichkeit beitragen.

### Was jetzt notwendig ist

Die Wahl zum Europäischen Parlament ist verbunden mit einer Debatte über politische Ziele. Wie gelangen wir zu einer effizienten Außen- und Sicherheitspolitik? Wie sieht eine zielführende Kooperation mit den Ländern des afrikanischen Kontinents aus? Welche Konsequenzen hat unser Handeln für begrenzte Ressourcen und das Klima? Wie können wir dem Auseinanderdriften von Ländern innerhalb der EU begegnen? Und: Welche Schritte sind notwendig, um soziale Spaltung abzubauen und zu verhindern?

Gerade beim letzten Thema gibt es erheblichen Nachholbedarf. Es ist richtig, dass eine Vielzahl von Maßnahmen in die Kompetenz der Mitgliedsländer fallen, doch Fragen der Sozialstandards in einem europäischen Binnenmarkt können nicht ausgeblendet werden. Ebenso wenig die Konsequenzen

zen für eine wirkliche europäische Steuerpolitik. Außer den weltweit agierenden Konzernen wird niemand nachvollziehen können, dass gerade diese Unternehmen zwar an der Wertschöpfung teilnehmen, aber nur einer lächerlich geringen Besteuerung unterliegen und damit keinen Beitrag im Gegensatz vielen kleinen und mittleren Unternehmen leisten. Diese Steuereinnahmen fehlen den Staaten, um z. B. in Bildung oder Infrastruktur zu investieren. Deshalb ist es richtig, dass in den letzten Tagen grundsätzlich über die Frage des Einstimmigkeitsprinzips (wie z. B. bei Steuerfragen) eine Diskussion in Gang gekommen ist. Allerdings bedarf es zur Änderung der Ein-

stimmigkeit im Europäischen Rat.

### Wählen gehen, europäischen Zusammenhalt stärken

Entscheidend wird sein, dass bei allem Streit um Inhalte, letztendlich im Europäischen Parlament die „Europäer/Europäerinnen“ in der Mehrheit bleiben statt es Kräften zu überlassen, welche die Europäische Union in Frage stellen, mit einem Rückzug ins Nationale die Lösung für die Herausforderungen zu finden. Letztere haben immer noch nicht gemerkt, dass es angesichts der Globalisierung einer neuen europäischen Souveränität bedarf, um Antworten zu finden. Hierzu braucht es Mut und den Willen zu Kompromissen. Die

Bürgerinnen und Bürger der EU haben zu Recht Erwartungen an die Akteure. „Europa, warum bist Du so müde“ fragte Papst Franziskus anlässlich der Entgegennahme des Karlspreises. Stehen wir auf! Es lohnt sich für die Europäische Union zu kämpfen, vor allem für eine bessere, handlungsfähigere Europäische Union. Hierfür muss am 26. Mai 2019 bei der Wahl zum Europäischen Parlament ein wirksames Zeichen gesetzt werden.

*Günter Gloser, Nürnberg,  
ehemaliges Mitglied des Deutschen  
Bundestages 1994–2013  
Staatsminister für Europa im  
Auswärtigen Amt 2005–2007*

## „Zu Hause daheim“ – im Alter selbstbestimmt wohnen Kerstin Schreyer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales

Foto: StMAS/Eleana Hegerich



Kerstin Schreyer.

Ein Menschheitstraum ist in Erfüllung gegangen: Wir leben in einer Gesellschaft des langen Lebens. Der vielleicht schönste Beweis für die großartige Entwicklung, die unser Land und unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten genommen haben. Die Lebensqualität unserer späteren Lebensjahre hängt oft auch von unserem Wohnumfeld ab. Deshalb ist es wichtig, sich bei Zeiten Gedanken zu machen, wie und wo man bis ins hohe Alter einmal leben und wohnen möchte. Dies ist das Motto unserer Aktionswoche „Zu Hause daheim“, die zwischen

dem 17. Mai und dem 26. Mai 2019 bereits zum dritten Mal stattfindet. Initiativen, Organisationen und Verbände sowie Kommunen und deren Seniorenvertretungen in ganz Bayern stellen ihre Konzepte und Ideen rund um das selbstbestimmte Älterwerden vor. Was macht gutes Wohnen und Leben im Alter aus? Die Mehrheit von uns möchte auch im Alter gerne dort wohnen bleiben, wo wir unser ganzes Leben verbracht haben: Zu Hause.

Eine seniorenrechtliche Wohnumgebung kann entscheidend dazu beitragen, das möglich zu machen. Auch ein flexibles Hilfenetzwerk und soziale Kontakte sind wichtig. Im Bayerischen Sozialministerium unterstützen wir daher verschiedene Konzepte, die mehr Unabhängigkeit im Alter möglich machen. Hierfür haben wir ein eigenes staatliches Förderprogramm: „Selbstbestimmt Leben im Alter – SeLA.“

Damit bringen wir viele Angebote moderner Seniorenarbeit in Bayern voran. Von Wohnberatungsstellen über bürgerschaftlich engagierte Nachbar-

schaftshilfen, Quartierskonzepte bis zu alternativen Wohnformen und anderen innovativen Projekten.

Die Aktionswoche „Zu Hause daheim“ bietet eine bayernweite Plattform, die viele mögliche Wege aufzeigt, im Alter eigenständig und nach den eigenen Vorstellungen leben zu können.

Als kommunale Seniorenvertretung wissen Sie, was für die Seniorinnen und Senioren von Belang ist. Sie sind Sprachrohr und Anlaufstelle für alle Fragen des Älterwerdens in Ihrer Kommune. Daher bitte ich Sie: Unterstützen Sie die Aktionswoche für selbstbestimmtes Älterwerden und das Zukunftsthema „Wohnen im Alter.“ Informieren Sie die Bevölkerung vor Ort über die anstehenden Aktionen und helfen Sie, vorbildliche seniorenpolitische Konzepte aus Ihrer Region bekannter zu machen. Allen Unterstützerinnen und Unterstützern sowie Veranstalterinnen und Veranstaltern bereits jetzt ein ganz herzliches Dankeschön!

## Armut in einem reichen Land – was von der Arbeit bleibt



Foto: www.fotolia.de · © Wolfliiser

zur Verfügung stehen. Appliziert auf unser Land bedeutet dies, dass für eine/n alleinlebende/n Erwachsene/n bereits bei € 969,- Monatseinkommen ein Armutsrisiko besteht.

„Relative Armut“ bedeutet in unserem Land nicht, dass jemand hungert oder auf der Straße leben muss. „Arm“ ist man in unserem reichen Land aber nicht erst dann, wenn man keine Wohnung mehr hat und oder Pfandflaschen sammeln muss. „Relative Armut“ bedeutet, wenn die Teilhabe am niederschweligen, gesellschaftlichen Leben nicht mehr möglich ist“, so ein Mitarbeiter eines Sozialverbandes. Und davon sind immer mehr Menschen betroffen.

In den letzten Jahrzehnten hat unsere Wirtschaft geboomt und die Arbeitslosigkeit ist gesunken und trotzdem galten 2016, rein rechnerisch 12,9 Millionen Menschen hierzulande als arm. Fachleute drücken dies so aus: Die Wirtschaft in Deutschland ist stark, schafft aber auch viel Ungleichheit. Es ist also eine Tatsache, dass sich die gute wirtschaftliche Entwicklung schon lange nicht mehr in einem Sinken der Armut niederschlägt. Die Wahrheit ist, dass das Gefälle zwischen Besserverdienern und Billigarbeitern/-innen im aktuellen Aufschwung einen Rekord erreicht hat.

Und das Drama ist: Die Folgen werden bei uns immer weniger aufgefangen und so werden es immer mehr Menschen, die nicht wissen, wie das Geld bis zum Monatsende reichen soll. Es braucht uns also nicht zu wundern, dass „Armutrisiko“ und „relative Armut“ Schlagworte unserer Zeit geworden sind. Und die Gefahr in diese Armut abzurutschen wächst in Deutschland seit Jahrzehnten.

Besonders gefährdet sind kinderreiche Familien, Arbeitslose, Alleinerziehende, Rentner/-innen und natürliche Menschen, die gezwungen sind im Niedriglohnsektor zu arbeiten. Deren Einkommen reicht zwar aus um davon leben zu können. Es bleibt aber, auch bei sparsamstem Umgang mit dem „Lohn“, nichts übrig, um privat für das Alter vorzusorgen (Vermögen zu bilden). Gehen Geringverdiener in Rente, so erhalten sie fast gar keine Zuschüsse vom Staat – und darben dann in Altersarmut. Das ist für unser Land buchstäblich ein Armutszeugnis; von Exportüberschüssen kann eben niemand seinen Kühlschrank füllen.

Laut Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie Wohlfahrtsverbänden unterliegt dem Armutsrisiko, wer mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens der jeweiligen Bevölkerungsgruppe auskommen muss. „Relativ arm“ sind die Personen, denen nur noch bis zu 50 % des Durchschnittseinkommens

### Was von der Arbeit bleibt

Immer mehr Seniorinnen und Senioren schauen auf ihr Leben zurück und denken: „Alles richtig gemacht; Familie gegründet, Kinder großgezogen, immer gearbeitet und Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt.“ Sie sind zufrieden und freuen sich auf die „Schönen Zeiten“ die das Rentnerdasein mit sich bringen kann; bis sie ihren Rentenbescheid in Händen halten. Mit Erschrecken müssen viele feststellen, dass ihre Rente gerade so zum Überleben reicht. Jeden Cent müssen sie umdrehen und an den Besuch eines Theaters, eines Konzerts oder Ausflüge zu machen, ist gar nicht mehr zu denken. Es bleiben ihnen oft nur noch die eigenen vier Wände, denn auch Bus-/Bahnfahrten sind zu teuer. Kurzum; die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist kaum mehr möglich, mit der Folge emotionaler Vereinsamung.

Gerade bei Rentnern hat sich die Armutsquote in den letzten Jahren be-

sonders drastisch entwickelt: Altersarmut in Deutschland ist folglich nicht nur ein statistischer Wert, sondern ein großes soziales Problem, wie uns auch der Rentenreport des DGB für 2017 zeigt: Mehr als 70 % der Frauen und gut 37 % der Männer, die 2017 in Bayern in Rente gingen, beziehen eine Altersrente von weniger als € 900,-. Nur 21,1 % der Männer erhalten monatlich mehr als € 1.200,- und 25,9 % mehr als € 1.500,- Rente.

Bei den **Frauen** sind es nur **8,0 %** die mehr als **€ 1.200,-** erhalten und gerade einmal **4,4 %** beziehen eine Rente die über **€ 1.500,-** liegt.

Bei den Frauen ist der Anteil der Rentnerinnen, die zwischen € 300,- und € 600,- erhalten, mit 27,4 % am höchsten (bei alleinstehenden Frauen steigt die Grundsicherungsquote zwischen 2015 und 2036 von 16 auf fast 28 %. Somit wäre künftig fast jede dritte alleinstehende Neurentnerin auf finanzielle Unterstützung vom Staat angewiesen.)

Aus einem Bericht der Bundesregierung geht hervor, das Ende 2016 etwa 8,6 Millionen (48 %) der Rentner/-innen eine Altersrente von weniger als € 800,- monatlich erhielten. Betroffen sind 27 % der Männer und 64 % der Frauen. Die Bundesregierung legt in ihrem Bericht Wert darauf festzustellen, dass die Rentenhöhe für sich genommen nur eingeschränkt Hinweise auf die Einkommenssituation im Alter liefere. Dem kann nicht widersprochen werden, denn niedrige gesetzliche Renten bedeuten nicht in jedem Fall Armut. So haben manche privat vorgesorgt, etwas geerbt, haben Vermögen oder verfügen über eine zusätzliche betriebliche Altersvorsorge. Bei Ehepaaren ist es oft so, dass der Lebenspartner besser verdient hat und gemeinsam können so Menschen mit kleiner Rente auch im Alter ihren Lebensstandard halten.

Ein Blick in Nachbarländer zeigt uns, dass es auch anders geht:

In den Niederlanden beispielsweise bekommen Geringverdiener 101 % und Durchschnittsverdiener 95 % ihres früheren Einkommens als Rente.

In Österreich erhalten Geringverdiener 93 % und Durchschnittsverdiener 63 %. Und in Deutschland?

Hier bekommen Geringverdiener 53 % und Durchschnittsverdiener 50 %. Damit liegt die Bundesrepublik deutlich hinter dem OECD-Durchschnitt (Geringverdiener 75 %, Durchschnittsverdiener 63 %).

Dabei sind Renten nicht nur Spiegelbilder der eigenen Erwerbsbiografie, sondern auch Teil der Wirtschaftsschicht eines Landes. Die regionalen Unterschiede bei der Höhe der gesetzlichen Durchschnittsrente zeigt dies: Neurentner der Männer im Landkreis Erlangen-Höchstädt lagen im Durchschnitt im Jahr 2017 bei € 1.368,-. Schlusslicht ist hier die Stadt Augsburg mit € 662,- (Schwaben liegt hier mit € 1.035,- in Bayern auf dem letzten Platz.) Warum dies so ist: „Augsburg (Schwaben) ist ein Standort, wo die Leute traditionell schlechter bezahlt wurden“, so Fachleute.

Es ist also allerhöchste Zeit mit zukunftsfähigen Konzepten diese Entwicklung zu stoppen. Die „Lebensleistungsrente“ (Grundrente), für Menschen die mindestens 35 Jahre Beiträge in die Rentenversicherungen einbezahlt haben, könnte ein solches Konzept sein. Diese Rente soll ca. 10 % über der Grundsicherung liegen.

Bleibt nur zu hoffen, dass die Parteien sich einigen und so die Lebensleistung von Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben, gewürdigt wird. Kindererziehungs- und Pflegezeiten sollen angerechnet werden und was ganz wichtig ist: Die Bedürftigkeitsprüfung soll entfallen.

## Der Generationenvertrag/Rente

„Die Jüngeren zahlen ihre Beiträge in die Rentenversicherung ein, wovon die Renten der heute Älteren ausbezahlt werden.“ Ein guter Grundsatz; doch er funktioniert nicht mehr, da die Alten immer älter werden und die Geburten zurückgegangen sind. Zudem sind die Löhne in den letzten Jahrzehnten proportional zu den Lebenshaltungskosten gefallen (siehe Miete.) Trotz der steigenden Altersarmut wird jedoch, in erster Linie von Politikern/-innen, bei jeder Rentenerhöhung darauf verwiesen, dass dies auf Kosten der Jungen gehe. Den Jungen sei hier gesagt: Auch gegenüber unserer Generation, die wir jetzt alt sind, hat man vor 30–40 Jahren genauso argumentiert. Es wurde vorgegeben für die Schwachen einzutreten. Aber in Wirklichkeit haben sie sich überhaupt nicht um diese Schwachen gekümmert. Das Ergebnis dieser Politik ist beschämend für unsere Gesellschaft. Unser Staat hat so eine wichtige Aufgabe vernachlässigt: Sich um die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit der Bürger/-innen zu kümmern.

Über die Generationen hinweg sollten wir darauf achten, dass die Spaltung der Gesellschaft nicht weiter zunimmt. Ebenso wie die Ängste und Verunsicherungen, gerade in der wachsenden Gruppe der Älteren, denen einst sichere Renten versprochen waren. Für den Anstieg des Altersarmutsrisikos sind ganz sicher nicht die Arbeitnehmer/-innen verantwortlich. Es ist die soziale Kälte einer Gesellschaft die über Jahrzehnte hinweg lieber mit Zahlen hantiert hat, als mit den Schicksalen der Betroffenen. So wurden Reformen verhindert, die die grundlegenden Ursachen der Altersarmut beseitigt hätten.

*Lothar Koch,  
Vorsitzender Seniorenbeirat  
der Stadt Sonthofen*

## Bericht aus dem Beirat



Foto: Helmut Beck

Die Beiratsmitglieder bei der Arbeit!

Anlässlich der Frühjahrssitzung des Beirates am 13. März 2019 in Ansbach konnte die Beiratsvorsitzende Karin Brunner die 1. stellvertretende Bezirksstagspräsidentin Christa Naaß, den 1. stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Ansbach Dr. Christian Schoen sowie Manuela Füller, Geschäftsführende Leitung Senioren bei der Diakonie Neuendettelsau besonders begrüßen.

Christa Naaß überbrachte die Grüße von Bezirksstagspräsident Kroder und betonte in ihrem Grußwort, dass es ihr großes Anliegen sei die Anzahl der Pflegestützpunkte in von derzeit 9 auf die geforderten 60 zu erhöhen, plädierte mit viel Engagement für mehr Seniorenbeiräte und bedauerte, dass die Pflege noch nicht so gut aufgestellt ist, wie sie sein sollte und dass die Umsetzung zur Pflegplatzgarantie durchaus noch nicht gesichert sei.

Dr. Christian Schoen sprach im Namen der Oberbürgermeisterin Dr. Carda Seidel dem Beirat und dem Vorsitzenden des Seniorenrates der Stadt Ansbach Heinz Kötzel großen Dank aus für

die geleistete Arbeit zum Wohle der älteren Generation. Jedoch nicht nur für sie – er wünsche sich, dass diese Arbeit generationenübergreifend geschehe.

Die Referentin Manuela Füller sprach zum Thema „Digitalisierung in der Pflege – Chancen und Risiken.“

Sie ist gelernte Krankenschwester, studierte Sozial- und Betriebswirtschaft und arbeitete in einigen großen Unternehmen der Pflegebranche. Als Frau aus der Praxis kann sie sehr genau beurteilen, wo die Vorteile der Digitalisierung liegen, und Grenzen und Risiken einschätzen. In ihrem Vortrag betonte sie, dass die digitale Transformation im Kopf beginnt, es läge daher nicht nur an der Einführung einer neuen Software, da sie stets Menschen – beruflich und privat – betrifft.

Die Beachtung der ethnischen Dimensionen ist ihr sehr wichtig, denn die Sorgspflicht sei ein hohes Gut, das bei allen Technologien besonderer Beachtung bedarf, vor allem im Bereich der diversen demenziell Erkrankten.

Ausführlich ging sie auf Pro und Kon-

tra ein, auf Forschungsergebnisse, Assistenzsysteme und Robotik. Sie verschwieg nicht die Problematik Mensch und Technik. Manuela Füller betonte, dass die Digitalisierung in der Pflege eine große Herausforderung für Sozialwirtschaft und Politik bedeute.

Die lebhafteste Diskussion zeigte das Interesse der Teilnehmer an diesem Thema. *(Der Vortrag kann über die Geschäftsstelle abgerufen werden.)*

Bernd Fischer, stellvertretender Vorsitzender der LSVB, berichtete ausführlich über die Arbeit in der Landesseniorenvertretung. Bei den Entwürfen für eine neue Satzung haben sich jedoch mehrere Punkte ergeben, die rechtlich abgeklärt werden müssen. Daher sind bei der Landesdelegiertenversammlung in Regensburg die bestehende Satzung, Wahlordnung und Geschäftsordnung verbindlich. Die Personalsituation konnte noch immer nicht verbessert werden und nach wie vor besteht Unsicherheit wegen der Genehmigung des Haushaltes der LSVB. Ausführliche Berichte aus den einzelnen Bezirken rundeten diese Veranstaltung ab.



## Aktive Teilhabe und würdevolles Leben ermöglichen: Demenz in den Fokus rücken

Von Bernhard Seidenath, MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Pflege im Bayerischen Landtag sowie gesundheits- und pflegepolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion



Foto: Bernhard Seidenath

Bernhard Seidenath, MdL.

Demenz entpuppt sich immer mehr als die moderne Geißel der Menschheit. Aktuell leben in Bayern etwa 240.000 Menschen mit Demenz. Bis zum Jahr 2030 werden es voraussichtlich 300.000 sein – Tendenz weiter steigend. Allerdings ist die Ursache für Demenz ungeklärt. Der **Bayerische Demenzsurvey** hat zudem gezeigt, dass die Diagnose „Demenz“ oft zu spät gestellt wird und die Hilfen für Menschen mit Demenz und deren Angehörigen häufig zu wenig bekannt sind.

Das beweist: Wir müssen das Thema Demenz noch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit rücken und den Bewusstseinswandel im Umgang mit dieser Krankheit und den Betroffenen sowie deren Pflegepersonen weiter voranbringen. Mit der **Bayerischen Demenzwoche**, die in diesem Jahr erstmals – vom 13. bis 22. September 2019 – stattfinden wird, wollen wir insbesondere das Thema Demenz in den

Fokus der Öffentlichkeit rücken sowie auf die vielfältigen Betreuungs- und Unterstützungsangebote im Freistaat für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen hinweisen.

Da Demenz bis dato nicht heilbar ist, ist es umso wichtiger, die Versorgungssituation der Erkrankten und ihrer Angehörigen in den Blick zu nehmen: was brauchen die Betroffenen? Was belastet die pflegenden Angehörigen? Der Landtag hat auf Initiative der CSU-Landtagsfraktion deshalb den Bayerischen Demenzsurvey finanziert, der sich als Projekt der Versorgungsforschung genau diesen Fragestellungen widmet. Aber nicht nur das: in gleicher Weise hat der Landtag den **Bayerischen Demenz-Fonds** als Spendensammelstelle gezielt für den Themenkreis „Demenz“ ins Leben gerufen und mit 800.000 Euro ausgestattet. Mit dem Staatshaushalt für das Jahr 2019 sollen noch einmal 200.000 Euro hinzukommen, so dass die Million Euro komplettiert wird. Der Fonds will vor allem die Teilhabe der an Demenz

Erkrankten an der Gesellschaft fördern und ergänzt so in idealer Weise die **Bayerische Demenzstrategie**. Derzeit wird für den Bayerischen Demenz-Fonds beim Landesamt für Pflege eine eigene Geschäftsstelle eingerichtet sowie eine Gesamtkonzeption erarbeitet, um hier weiter kraftvoll voranzukommen.

### Musik heißt Teilhabe

Aus Mitteln des Bayerischen Demenz-Fonds wurde beispielsweise im Dezember 2018 das Konzert des integrativen Chores „Sing ein Lied...!“ der Angehörigenberatung e.V. Nürnberg unterstützt. Das Besondere an diesem Chor ist, dass Betroffene, Angehörige und Interessierte gemeinsam musizieren und dadurch zeigen, dass es auch im Leben mit Demenz Freude und ein Miteinander geben kann. So gibt es bereits einige weitere Chöre, in denen Menschen mit Demenz, pflegende Angehörige sowie andere Singbegeisterte musizieren und sich bei öffentlichen Auftritten präsentieren. Unser



Foto: Bernhard Seidenath

Konzert des integrativen Chores „Sing ein Lied...!“



Foto: www.fotolia.de · © Robert Kneschke

gemeinsames Ziel muss eine demenzfreundliche Gesellschaft sein, wo Menschen dabei und mittendrin sind.

Demenz ist eine Volkskrankheit, die jeden von uns treffen kann. Machen wir uns deshalb gemeinsam auf den Weg zu einer demenzfreundlichen Gesellschaft, wo Menschen mit Demenz dabei und mittendrin sind. Der Bayerische Demenz-Fonds will genau dazu beitragen.

Jeder kann dabei helfen und die Arbeit des Bayerischen Demenz-Fonds unterstützen: durch eine Spende, die in jeder Höhe willkommen ist.

**Spenden an den Bayerischen Demenz-Fonds** können bei der Staatsoberkasse Bayern eingezahlt werden. Spendenbescheinigungen werden automatisch erstellt, sofern die Adresse der Spender angegeben ist.

**Die Kontoverbindung lautet:**  
**Staatsoberkasse Bayern**  
**Bayerische Landesbank München**  
**IBAN: DE75 7005 0000 0001 1903 15**  
**BIC: BYLADEMM**

**Verwendungszweck:**  
**PK-Nr. 2528.1000.0034**  
**Bayerischer Demenz-Fonds**

## Ausblick

Das Thema „Demenz“ wird uns weiter und sogar in zunehmendem Maße beschäftigen. Die Regierungskoalitionen von CSU und Freien Wählern haben sich deshalb dazu entschlossen, die „Bayerische Demenzwoche“ nicht nur einmalig stattfinden zu lassen, sondern möglichst zu verstetigen. Auch im Jahr 2020 wird es daher eine „Bayerische Demenzwoche“ geben – dafür sind im Staatshaushalt nun insgesamt 250.000 Euro vorgesehen.

Eines der Ergebnisse des bereits erwähnten Bayerischen Demenzsurveys, der als Projekt der Versorgungsforschung zwischen 2015 und 2018 in den Landkreisen Kronach und Dachau sowie in der kreisfreien Stadt Erlangen durchgeführt wurde, war, dass rund zehn Prozent der Angehörigen, die ein an Demenz erkranktes Familienmitglied betreuen, eben wegen dieser Pflege ihren Job aufgeben müssen. Dies ist ein viel zu hoher Wert! Ein Ziel der Politik ist es deshalb, sowohl das Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen als auch das Angebot an Tages- und Nachtpflegeplätzen deutlich zu erhöhen. Dies bewahrt die pflegenden Angehörigen davor, auszubrennen, und ermöglicht ihnen, auch einmal abzuschalten und auf sich selbst zu achten. Diese Angebote sowohl der Kurzzeitpflege als auch der Tages- und Nachtpflege sollen in den nächsten Monaten und Jahren weiter deutlich ausgebaut werden. Denn bisher haben wir am ehesten von den erwerbstätigen Eltern in Richtung Kinder gedacht und die Kinderbetreuungsangebote mit großem Aufwand ausgebaut. Nun ist es an der Zeit, auch von den erwerbstätigen Kindern Richtung Eltern zu denken.

Die Zeichen der Zeit sind erkannt – zum Nutzen der Betroffenen und ihrer Angehörigen, also zum Nutzen aller.



Bayerisches Staatsministerium für  
Familie, Arbeit und Soziales



# Zu Hause daheim.

Bayernweite Aktionswoche zum  
Wohnen im Alter vom 17. bis 26. Mai 2019.

## Aus dem Sozialpolitischen Ausschuss

„Zu Hause daheim“ · Bayerische Aktionswoche vom 17.–26. Mai 2019  
Trägerschaft Zukunftsministerium · Neue Wohnformen

Pflege und Hauswirtschaft, zwei Professionen, die sich perfekt ergänzen. Leider haben die beiden kein gemeinsames Zuhause. Die Pflege hat ihr „Zuhause“ im Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP), die Belange der Hauswirtschaft aber werden vertreten in sechs verschiedenen Ministerien:

**Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF)** ist zuständig für die Aus-, Fort- und Weiterbildung in allen Berufen des Agrarbereiches und der Hauswirtschaft, hier auch speziell für den Beruf der geprüften Fachhauswirtschaftlerin, qualifiziert für die hauswirtschaftliche Versorgung, Grundpflege und soziale Betreuung hilfsbedürftiger Menschen, insbesondere Senioren. Leider ist dieses Berufsbild in der Öffentlichkeit nahezu unbekannt. **Berufsbildung, ein kleiner Teil des Ganzen im Bereich -> Hauswirtschaft!**

Der Bereich Ernährung vom Kleinkind bis hin zum Senior ist an diesem Minis-

terium angesiedelt. Wer vermittelt Wissen, wenn es um gesunde, preisgünstige, regionale und saisonale Ernährung geht? Oft sind es die Medien über Angebote in der Werbung.

**Ernährung, ein wichtiger Teil des Ganzen im -> Bereich Hauswirtschaft!**

**Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK)** ist oberste Landesbehörde für die berufliche Bildung auch der Berufe in der Hauswirtschaft. Die Wahlfächergruppe vier an Realschulen wird nicht nur immer weniger nachgefragt und/oder immer weniger angeboten. Grundkenntnisse der Inhalte Soziales, Hauswirtschaft, Gesundheit werden für den späteren Alltag der Schüler aber als Basis für die weitere Ausbildung im Bereich Pflege und Hauswirtschaft nicht nur dringend gebraucht, sie sind unverzichtbar.

**Schulische Fachbildung ist nur ein kleiner Teil des Ganzen im -> Bereich Hauswirtschaft!**

**Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV)** ist für alle Bereiche der Hauswirtschaft ein unverzichtbarer Ansprechpartner. In den Aufgabenbereich dieses Hauses gehören die Schulung im Umgang mit Verbrauchs- und Gebrauchsgütern, auch mit Finanzen, ebenso der kostensparende und umweltschonende Umgang mit Wasser und Energie. Geld sparen bedeutet auch gekonnt einkaufen, schonende Behandlung von Verbrauchs- und Verbrauchsgütern, Vermeidung von Kunststoffverpackungen. Das Thema des Welttages der Hauswirtschaft am 21.03.2019 lautete: Hauswirtschaft: Kreativ und ideenreich für eine nachhaltige Entwicklung.

**Verbraucherbildung und Umweltschutz, ein wichtiger Teil des Ganzen im -> Bereich Hauswirtschaft!**

**Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP)** ist verantwortlich für ambulante und stationäre Einrichtungen der Kranken, Kinderkranken- und Altenpflege. Bei

den Trägern, Wohlfahrtsverbänden und privaten Einrichtungen sind weit- aus die allermeisten versicherungs- pflichtigen Arbeitsverhältnisse in der Hauswirtschaft angemeldet. Über die Schnitt- und Nahtstelle zwischen Pflege und Hauswirtschaft wird seit Jah- ren nachgedacht aber überwiegend nur geredet. Die „Newsletter“ des Mi- nisteriums informieren hervorragend aber eine Erwähnung der Hauswirt- schaft findet sich nirgends. Ministerin Huml bedankt sich an Weihnachten bei den stark geforderten Pflegekräf- ten, die hauswirtschaftlichen Fach- kräfte werden übergangen. Das Klage- lied über fehlende Pflegekräfte ist längst angestimmt, für das Klagelied der fehlenden Fachkräfte in der Haus- wirtschaft fehlen Text und Melodie. **Pflege und Gesundheit sind ein wichtiger Teil des Ganzen im -> Be- reich Hauswirtschaft!**

### Das Bayerische Staatsministerium für Finanzen und Heimat (StMFH).

Mit dem Einkommen auskommen und die Altersarmut bekämpfen oder gar nicht erst zulassen sind Themen der LandesSeniorenVertretung Bayern, die regelmäßig auf der Tagesordnung stehen. Was steht mir als armer „Seni- orin“ an staatlichen Mitteln zu? Kann ich durch Gaben von der Tafel meinen Lebensstandard verbessern? (Wie lan- ge) Ist mein Lebensabend gesichert? Ministerin Huml hat die Betriebsrente ins Visier genommen, um ein Stein- chen der Altersarmut zu entfernen. Zum Heimatministerium gehört die Kultur des Wohnens, des Kochens, des Essens, des Wohlfühlens daheim. Die Weitergabe des für diese Bereiche not- wendigen hauswirtschaftlichen Kön- nens trägt ganz wesentlich zur All- tagskompetenz unserer Kinder und Enkel bei. Nach dem Staat und der Schule um Hilfe rufen ist das Eine, aber vor allem die Eltern sind in der Pflicht ihre Kinder Jahr für Jahr fortschreitend für die Bewältigung ihrer späteren

Haushaltsführung zu fördern, zu for- dern, zu lehren und zu unterweisen. **Vor allem das Bayerische Staats- ministerium der Finanzen und für Heimat könnte ein wichtiger Teil des Ganzen sein im -> Bereich Hauswirtschaft!**

### Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMFAS)

war bis 2004 die oberste Landesbehörde für Hauswirtschaft. Auf Beschluss der Staatsregierung wurde „Hauswirtschaft“ gegen ihren ausdrücklichen Willen dem Ministeri- um für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zugeordnet.

Das StMFAS hat 144 Sachgebiete über Altenpflege, Eltern- und Familienbil- dung, Renten und Seniorenarbeit.

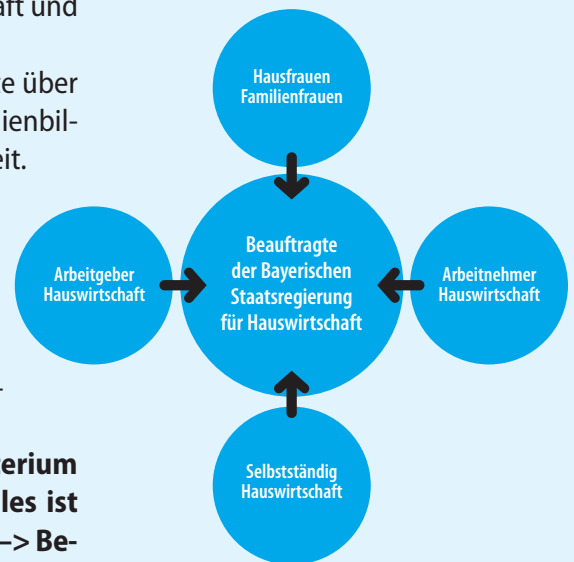
Von diesem Ministerium wer- den die LandesSeniorenVer- tetung Bayern und der Bay- erische Landesausschuss für Hauswirtschaft gefördert, lei- der nur als Projekt und nicht in - stitutionell.

**Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales ist ein großer Teil des Ganzen im -> Be- reich Hauswirtschaft!**



Wo findet Hauswirtschaft ihr Zuhause, wo ist sie daheim? Johanna Ittner, die Verfasserin dieses

Artikels setzt sich vehement für eine enkelfreundliche Zukunft ein, der Weg dahin heißt nicht nur Bildung sondern auch Hauswirtschaft/Alltagskompe- tenz. Für dieses Ziel sind Menschen be- reit, sich zu engagieren, aber wo wer- den ihre Kräfte gebündelt? Johanna Itt- ner hat die Vision, dass mit ihr und vie- len Streiterinnen für die Hauswirtschaft von Ministerpräsident Markus Söder und von vielen Mitgliedern des Bayeri- schen Landtags parteiübergreifend eine **Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Hauswirtschaft** ernannt wird.



**Ein Paukenschlag für Bayern, bei- spielgebend für weitere Bundes- länder**

*Auszug aus einem Positionspapier von Johanna Ittner, Jahrgang 1932. Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss/Fachbereich Hauswirtschaft der LandesSeniorenVertretung Bayern, ehemals Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende hauswirtschaftlicher Verbände und Organisationen auf Landes- und Bundesebene*

## Überarbeitung unserer Satzung



Foto: privat

Bernd Fischer.

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute berichte ich für den Vorstand über den aktuellen Stand der Überarbeitung unserer Satzung.

Wie bekannt, sind zunächst diverse Vorschläge aus dem Vorstand und dem Beirat eingegangen. Aufgrund der angestoßenen Diskussion wurden noch Vorschläge aus Unterföhring und Fürth eingereicht.

Anfang des Jahres hat auch der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Mün-

chen einen weiteren Vorschlag unterbreitet. Gleichzeitig wurde Ende Januar durch ein Mitglied unseres Beirates eine sogenannte Notsatzung vorgelegt.

Nach Hinzuziehung eines in Satzungsregelungen versierten Notars wurde auf dessen Anregung hin ein kurzfristiges Treffen angesetzt. Im Mittelpunkt der Diskussion standen bis auf die Notsatzung obige Vorschläge. Hierbei gelang es, einen gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten. Dieser neue Vorschlag enthielt jedoch weitere Neuerungen, die, wie eine Sitzung des Beirates zeigte, eine weitere Diskussion auslösen würde. Zusammenfassend entstand der Eindruck, dass dieser neue Satzungsantrag auf einer außerordentlichen Delegiertenversammlung nicht die für eine Satzungsänderung notwendige Mehrheit erreichen würde. Hinzu kommt, dass bereits weitere Wünsche auf Ergänzungen abgegeben wurden.

Laut Aussage unserer Sozialministerin ist damit zu rechnen, dass bis Ende des Jahres ein Seniorenmitwirkungs-gesetz gemäß Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht werden soll.

Vor diesem Hintergrund hat der Vorstand auf meinen Vorschlag hin entschieden, zunächst keine außerordentliche LDV einzuberufen.

Der im Juli neu zu wählende Vorstand soll durch entsprechenden Beschluss auf der LDV beauftragt werden, auf der Basis des bisher erarbeiteten Satzungsentwurfes und unter Beachtung eines zu erwarteten Gesetzes zur Stärkung der Seniorenrechte eine neue geänderte Satzung zu erarbeiten.

Diese soll dann durch eine außerordentliche Delegiertenversammlung beschlossen werden.

*Bernd Fischer, stellvertretender  
Vorsitzender der LSVB*

## Hermann Lappus in den Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e.V. (BAGLSV) gewählt



Foto: privat

Hermann Lappus.

vertretungen e.V. (BAGLSV) durch unser Vorstandsmitglied und Schatzmeister Hermann Lappus vertreten.

In der letzten Sitzung der BAGLSV wurde Hermann Lappus in den Vorstand gewählt. Die BAGLSV ist der Zusammenschluss der einzelnen Landesvertretungen Deutschlands. Jede Landes-seniorenvertretung entsendet ein Mitglied.

Die wesentlichen Aufgaben der BAGLSV liegen in der Vertretung der berechtigten Interessen der älteren Bevölkerung auf Bundesebene.

In Gesprächen mit den zuständigen Fachministerien werden aktuelle Bereiche, wie z. B. Rente, Altersarmut und Pflege erörtert und Vorschläge zu einer langfristigen belastbaren Neugestaltung eingebracht. Diese Ziele werden u. a. auch durch das Verfassen von Resolutionen und umfassende Pressearbeit vertieft. Eine EU-übergreifende Abstimmung ist ebenfalls vorgesehen. Derzeit wird das Thema Rente mit österreichischen Vertretern ausführlich diskutiert.

Veranstaltungen für Mitglieder runden das vielfältige Spektrum ab.

Die LSVB e.V. wird in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenver-

## Themen aus folgenden Mitgliedskommunen:



### > Altötting

#### Altenpflege in Fotos dokumentiert

Berührend und sensibel, aber auch ungeschminkt, so präsentieren sich die Bilder der Wanderausstellung „Altenpflege – eine Fotodokumentation“, die bis einschließlich 29. März 2019 im

Foyer der VR/meine Raiffeisenbank in Altötting zu sehen waren. Im Beisein des Ersten Bürgermeisters Herbert Hofauer und Reinhard Frauscher, dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der VR-Bank wurde die Ausstellung am Montag, den 11.03.2019 von Seniorenreferentin Luise Hell eröffnet.



Foto: Seniorenbeirat Altötting

Verantwortlich für die Bilderschau ist das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Laut Melanie Huml, Bayerns Ministerin für Gesundheit und Pflege, soll das Thema Altern enttabuisiert werden. Die Altenpflege muss aus ihrem Schattendasein hervortreten. Nur wenn es gelingt, das Image der Altenpflege zu verbessern, werden wir ausreichenden Nachwuchs für diesen schönen aber auch schwierigen Beruf gewinnen können. Üblicherweise sind in den Schallerräumen der VR-Bank „normale“ Kunstausstellungen zu bestaunen. Die Fotodokumentation „Altenpflege“ fällt da ein bisschen aus dem Rahmen, aber das Älterwerden betrifft alle und Pflegebedürftigkeit früher oder später eventuell auch.

*Seniorenbeirat der Kreisstadt Altötting,  
Alfred Straßer*

### > Bobingen

#### Neuer Beirat nimmt Arbeit auf

Seit 2010 wird in Bobingen alle vier Jahre der Seniorenbeirat gewählt – im letzten Dezember war es wieder soweit: Über 4.400 Wahlberechtigte, die das 60. Lebensjahr vollendet hatten, bekamen per Briefwahl die Möglichkeit, die Beiräte ihres Vertrauens zu benennen.

Geschlossen stellten sich die bisherigen Beirätinnen und Beiräte dieser Wahl, schließlich konnten sie auf eine sehr erfolgreiche Sitzungsperiode zurückblicken. Dies inspirierte darüber hinaus zwei weitere Senioren, sich ebenfalls zur Wahl aufstellen zu lassen. Im Januar 2019 war es soweit. In den Beirat gewählt wurden Uwe Brötzmann (neu im Team), Dieter Elmer, Johann Grüner, Christa Herz, Dr. Hans Kuhn, Annemarie Mattler, Eva-Maria Pettinger, Josef Sedran und Georg Stoll. Aus dieser Gruppe wurden die Kandidaten für die Funktionsämter benannt und gewählt; in ihren bisherigen Äm-



Foto: Ralf Eberle, Stadt Bobingen

Die Kandidaten der Seniorenbeiratswahl am 16.01.2019 während der konstituierenden Sitzung im Rathaus Bobingen (von links im Bild): Annemarie Mattler, Dieter Elmer, Walter Meier, Raoul-Olivier von Beaulieu, Bürgermeister Bernd Müller, Christa Herz, Eva-Maria Pettinger, Johann Grüner, Ulrike Jürges, Josef Sedran, Uwe Brötzmann, Georg Stoll und Dr. Hans Kuhn.

tern wurden bestätigt: als 1. Vorsitzende Eva-Maria Pettinger, als ihre gleichberechtigten Stellvertreter Annemarie Mattler und Johann Grüner, als Schriftführer Georg Stoll und als Stellvertreter Dieter Elmer.

Im Anschluss daran verabschiedete Erster Bürgermeister Müller die beiden ausscheidenden Mitglieder der vergangenen Sitzungsperiode Ulrike Jürges und Walter Meier mit einem Blumenstrauß, einem Geschenk und herzlichen Dankesworten.

Eva-Maria Pettinger lud die Kandidaten Ulrike Jürges, Raoul-Olivier von Beaulieu und Walter Meier zur aktiven Mitarbeit als kooptierte Mitglieder ein.

*Georg Stoll/Uwe Brötzmann*

## > Ebersberg

### Bayernweites Modellprojekt „Ampelschaltung für Menschen mit Mobilitätseinschränkung“

Sechs Sekunden länger grün: Dafür hat der Seniorenbeirat Ebersberg drei Jahre hart gekämpft. Um älteren und gehbehinderten Menschen das Überqueren der Fußgängerampel zu erleichtern, hat Ebersberg in Deutsch-

land die Vorreiterrolle übernommen. Ganz Deutschland zeigt sich interessiert, unzählige Besuche und Anrufe bestätigen dies. Immer wieder setzte sich der Vorsitzende des Seniorenbeirats Ebersberg, Thomas John, dafür ein, dass die Grünphasenverlängerung an zwei Ampeln in der Stadt Ebersberg Wirklichkeit wird. Seit Oktober letzten Jahres sind die Ampeln mit



Foto: Peter Hölzer

Die neue Ampelschaltung im Test (von links nach rechts): 1. Bürgermeister Walter Brilmayer, Thomas John Seniorenbeirat Ebersberg, Thomas Huber MdL CSU.

großem Erfolg bei den Senioren angekommen. Ein elektronischer Chip, der an den Ampelschalter gehalten wird, verlängert die Grünphase von 10 auf 16 Sekunden. Unser Abgeordneter, Thomas Huber (MdL, CSU), trug diese Idee an die Regierung heran und organisierte einen Runden Tisch mit dem großen Erfolg, dass alle beteiligten Behörden ihre uneingeschränkte Zustimmung gaben. Wir alle hoffen, dass dieses Projekt Beispiel gebend für ganz Deutschland ist und diese Erleichterung für alle Senioren in naher Zukunft zur Verfügung stehen kann. Eine „Seniorenampel“, die für Sicherheit und Mobilität aller Senioren sorgt, rechtfertigt den Aufwand für die technische Umrüstung und die Investition.

*Thomas P. John*

## > Günzburg

### 100. Sitzung des Günzburger Seniorenbeirates

Zeitgleich mit dem Ende der 3. Legislaturperiode des Günzburger Seniorenbeirates konnte das Gremium seine 100. Sitzung seit seiner Erstwahl im



Foto: Julia Ehrlich, M.A. (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

100. Sitzung des Seniorenbeirates Günzburg.

Januar 2010 begehen. Der Vorsitzende Gerhard Schöttl hatte zu dieser Jubiläumssitzung in die Türmerstube des Günzburger Stadtturms geladen.

Oberbürgermeister Gerhard Jauernig nahm, ausgerüstet mit einer Jubiläumstorte, an dem Treffen auf dem Günzburger Wahrzeichen teil. In einem kurzen Rückblick stellte Schöttl fest, dass man in diesen neun Jahren 160 Anträge zu den unterschiedlichsten Themen gestellt habe. Ebenso wurde eine Reihe von Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Besondere Bedeutung hatte für den Seniorenbeirat die Mitwirkung bei der Erstellung und Fortschreibung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes für die Kreisstadt. Oberbürgermeister Jauernig bestätigte dem Seniorengremium, dass es diesem gelungen sei, seinen Platz in der Gesellschaft zu finden und durch seine Aktivitäten ein fester Bestandteil des städtischen Lebens zu sein. „Wie sehr unser Seniorenbeirat akzeptiert ist, zeigt die hohe Beteiligung an den eben erst durchgeführten Neuwahlen“, so der Oberbürgermeister. Er nutzte die Gelegenheit den vier ausscheidenden Seniorenbeiratsmitgliedern mit einem kleinen Präsent für ihr Engagement in den letzten Jahren zu danken.

*Julia Ehrlich, M.A.  
(Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)*

## > Landshut

### Neues Pflegeberufegesetz verändert die Ausbildung in den Landshuter Pflegeeinrichtungen

Der Seniorenbeirat war Gast in der Altenpflegeschule der vhs Landshut. Die Leiterin der Altenpflegeschule, Frau Ulrike Sölch, informierte den Seniorenbeirat über das neue Pflegeberufereformgesetz und über die Ausbil-

dungssituation, Krankenschwester, Kinderkrankenschwester und Altenpflegehelfer zu einem einheitlichen Beruf „Pflegefachfrau/Pflegefachmann“ verschmolzen werden. Damit wird eine moderne Pflegeausbildung geschaffen, die unsere Pflegekräfte besser auf die veränderten Anforderungen in der Praxis vorbereitet und mehr Berufs- und Aufstiegschancen bietet. Alle Auszubildenden erhalten zwei Jahre lang eine



Foto: Edeltraud Nuhn, Landshut

Seniorenbeiratsvorsitzender Franz Wöfl im Gespräch mit Krankenpflegeschülern der vhs.

dungssituation in Niederbayern und speziell im Landshuter Raum.

Das Pflegeberufereformgesetz sieht vor, so Ulrike Sölch, dass die Berufe

gemeinsame, generalistisch ausgerichtete Ausbildung mit der Möglichkeit einen Vertiefungsbereich in der praktischen Ausbildung zu wählen.



Wer die generalistische Ausbildung im dritten Jahr fortsetzt, erwirbt den Abschluss zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann. Auszubildende, die ihren Schwerpunkt in der Pflege alter Menschen oder der Versorgung von Kindern und Jugendlichen sehen, können für das dritte Ausbildungsjahr statt des generalistischen Berufsabschlusses einen gesonderten Abschluss in der Altenpflege oder Kinderkrankenpflege erwerben. 2025 soll der Deutsche Bundestag entscheiden, ob für diese gesonderten Abschlüsse weiterhin Bedarf besteht.

Im Rahmen des Informationsbesuchs hatten die Mitglieder des Seniorenbeirates auch die Möglichkeit mit fünf Schülerinnen im zweiten Ausbildungsjahr zu sprechen. Sie machten klar, dass Altenpflege mehr ist als „satt und sauber.“ Altenpflege bedeutet für sie, dem hilfeabhängigen Menschen die Kompetenz zuzugestehen, die notwendig ist, damit die hilfeabhängigen

als Aufgabe erleben und gestalten können. Eine der Schülerinnen erklärte sinngemäß, dass sie am Abend zu frieden einschlafen könne, wenn sie das Gefühl habe, auch heute wieder den ihr anvertrauten Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern zu einem innerlich ausgeglichenen Tag verholfen zu haben. „Solche Nachwuchskräfte leben für ihren Beruf. Wenn man so umsorgt wird, kann man würdevoll alt werden, auch in einem Altenpflegeheim“, so die abschließende Meinung der Mitglieder des Seniorenbeirates.

*Franz Wölfl*

## > Markt Maßbach

### Neuer Raum für die Senioren

Im alten Rathaus wurde in Anwesenheit zahlreicher Gäste der neue Seniorenraum im Markt Maßbach, Ortsteil Poppenlauer eingeweiht. Gemeinderat Winfried Streit, der Seniorenbeauftragte der Marktgemeinde,

Treffpunkte, keinen Kaufladen mehr, die Öffnungszeiten der Lokale sind eingeschränkt.

Streit teilte mit, dass in absehbarer Zeit schon eine Rampe am Eingang installiert wird, so dass auch Rollstuhlfahrer ohne Probleme ins Haus gelangen können. Der Raum könne auch von Vereinen genutzt werden und auch die Volkshochschule habe bereits nachgefragt. Nun werde das Rathaus in Poppenlauer wieder vermehrt genutzt.

Im Erdgeschoss wurde nicht nur der Seniorenraum eingerichtet, auch die Jugendlichen des Ortsteils haben sich hier etabliert und ein Büro für die Sprechstunden des Bürgermeisters gibt auch. Im Obergeschoss können sich Brautpaare auf Wunsch nach wie vor trauen lassen. Monika Dürr, die Leiterin der Fachstelle für pflegende Angehörige in Münnerstadt, beglückwünschte die Senioren.



Foto: Dieter Britz

Bei der Einweihung des neuen Seniorenraums im Alten Rathaus von Poppenlauer: Helmut Beck (stellvertretender Vorsitzender der bayerischen Landesseniorenvertretung für Unterfranken), Monika Dürr (Fachstelle für pflegende Angehörige in Münnerstadt), Winfried Streit (Marktgemeinderat und Seniorenbeauftragter), Bürgermeister Matthias Klement und Pfarrer Peter Rüb.

Menschen das eigene Leben bzw. die Vollendung des eigenen Lebens auch bei zunehmender Hilfeabhängigkeit

begründete, warum er sich für die Einrichtung des Seniorentreffs engagiert hat: In Poppenlauer gibt es kaum noch

Helmut Beck, der stellvertretende Vorsitzende der bayerischen Landesseniorenvertretung für Unterfranken,

nutzte die Gelegenheit, seinen Verband ausführlich vorzustellen und seine Aufgaben zu schildern. Der neue katholische Pfarrer Peter Rüb und die evangelische Pfarrerin Elfriede Schneider segneten zum Schluss die Räume. Der Seniorenraum im Rathaus Poppenlauer wird schon vielfältig genutzt. Eine Strick- und Häkelgruppe wird diesen nutzen. Vorträge zum Thema „Pflegrade“, sowie das Thema „Patientenverfügung“ wurden abgehalten.

*Auszug aus dem Text von Dieter Britz,  
freier Journalist*

## > Neuburg an der Donau

### 1. Senioren-Silvesterball

Der Seniorenbeirat der Stadt Neuburg a. d. Donau lud alle Seniorinnen und Senioren ein, den ersten Silvesterball am 31. Dezember 2018 gemeinsam im Restaurant „Rennbahn“ zu feiern.



Foto: Xaver Habermeier

Tanzen und schunkeln bis in die Nacht. Frohsinnig beim ersten Seniorenball in Neuburg.

Nach der Begrüßung durch Oberbürgermeister Dr. Bernhard Gmehling und der Vorsitzenden des Seniorenbeirats Renate Wicher, konnte die schwungvolle Silvesternacht starten. Von 19:00 Uhr bis zirka 1:00 Uhr nachts durften die Gäste tanzen, ausgiebig feiern und ein kulinarisches Silvesterbuffet genießen. Dieses war bestückt mit italienischen Vorspeisen, herzhaften bayerischen Hauptgerichten und Nachspeisen, die keinen Wunsch offen ließen.

Die 120 Plätze des Rennbahn-Saals waren in kürzester Zeit ausverkauft.

Die großen, runden Tische waren stillvoll weiß eingedeckt und mit jeweils einem fünfarmigen Leuchter versehen. Die große Tanzfläche war bis zum Ende der Veranstaltung voll besetzt, was natürlich ein Verdienst vom DJ Sepp (alias Sepp Eichinger) war, der einfach aus Erfahrung weiß, welche Musik am besten ankommt. Es wurde getanzt, gesungen und geschunkelt. Alle waren sich einig, es wird eine Wiederholung geben.

*Renate Wicher*

## > Neusäß

### Neuwahlen Seniorenbeirat der Stadt Neusäß – Ernst Rauh und Ingeborg Gah im Amt bestätigt

Am 30. Januar 2019 fand turnusmäßig die Neuwahl des Vorsitzenden des Seniorenbeirates sowie dessen Stellvertreterinnen und Stellvertreter statt.

freute sich, dass die beiden sich nochmals für zwei Jahre für das Amt zur Verfügung gestellt haben. Er bedankte sich für die bisherige gute Zusammenarbeit und stellte nochmals heraus, wie wichtig die Arbeit der Seniorenvertretung in der Stadt Neusäß ist. „Ich freue mich auf zwei weitere gute Jahre der Zusammenarbeit.“ Ernst Rauh möchte in den nächsten zwei Jahren insbesondere die Netzwerkarbeit verschiedener Seniorengruppen verbessern und niederschwellige Angebote für Seniorinnen und Senioren anbieten. Er absolvierte vergangenes Jahr eine Ausbildung zum „Seniortrainer“, einer Initiative der Seniorenakademie und der Landesgemeinschaft „EFL“. Hierbei handelt es sich um eine Weiterbildung im Bereich Projektinitiierung und -koordinierung im ehrenamtlichen Bereich.

Mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen konnte der Seniorenbei-



Foto: Josef Hoppe

Wurden im Amt des Seniorenbeiratvorsitzes in Neusäß bestätigt: Ingeborg Gah (Mitte) und Ernst Rauh (rechts) nehmen die Glückwünsche von Ersten Bürgermeister Richard Greiner entgegen.

Im Amt bestätigt wurden Ernst Rauh als Vorsitzender und Ingeborg Gah als dessen Stellvertreterin. Erster Bürgermeister Richard Greiner

rat die letzten Jahre auf sich aufmerksam machen und Seniorinnen und Senioren über altersspezifische Themen informieren.

In Zusammenarbeit mit dem Jugendbeirat gab es eine Übungsstunde zum Fahrscheinautomaten und zur Handybedienung und unter dem Motto „Clever im Alter“ wurden Verhaltenstipps gegen Taschendiebstahl oder den sogenannten Enkeltrick gegeben. Des Weiteren wurden Rollatorkurse und ein Fahrsicherheitstraining für den Pkw angeboten. Auch auf dem Neusäßer Weihnachtsmarkt präsentierten sich Jugend- und Seniorenbeirat gemeinsam.

Ein großer Erfolg ist nach wie vor das Singen für Senioren, organisiert von Inge Gah und Brigitte Anzenhofer-Groß. Inzwischen finden sich über 40 Singbegeisterte regelmäßig im 14-tägigen Rhythmus ein, um im Haus der Musik zusammen zu singen. Die „Silverbirds“ konnten ihr Können auch schon bei Auftritten wie der Seniorenweihnachtsfeier der Stadt Neusäß unter Beweis stellen. Besonders begeistert war die Singgruppe von ihrem Auftritt im Pflegeheim am Lohwald, wo zusammen mit den Pflegeheimbewohnern musiziert wurde.

Auch im kommenden Jahr plant der neugewählte Seniorenbeirat wieder informative und unterhaltsame Veranstaltungen für die Neusäßer Seniorinnen und Senioren.

*Josef Hoppe*

## > Regen

### Notfallpass von Landrätin Röhrl vorgestellt

„Nach der guten Resonanz auf unsere Notfallmappe, mittlerweile weit über Niederbayern hinaus bekannt, habe ich mir gedacht, es müsste doch auch einen Notfallpass für die medizinische Erstversorgung bei einem Notfall oder Unfall geben, den man immer dabei haben kann, ganz gleich wie alt man ist“, sagt die Kreissenorenbeauftragte Christine Kreuzer und stieß damit bei



Foto: Langer/Landkreis Regen

Unser Bild zeigt die Präsentation des Notfallpasses mit v. li.: Rotary-Präsident Helmut Baumann, Landrätin Rita Röhrl, der Kreissenorenbeauftragten Christine Kreuzer und dem künftigen Rotary-Präsidenten Lothar Maier.

Landrätin Rita Röhrl und bei den Verantwortlichen des Rotary-Clubs Bayerwald-Zwiesel auf offene Ohren. So konnte der neugeschaffene Pass nun der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Zusammen mit dem Rotary-Club-Präsidenten Helmut Baumann und dem Incoming-Präsidenten Lothar Maier war Kreuzer zu Landrätin Rita Röhrl ins Landratsamt Regen gekommen. Dort stellten sie der Landrätin den neugeschaffenen Notfallpass vor. „Die Kosten für den Druck hat der Rotary-Club übernommen“, freute sich Kreuzer. Landrätin Röhrl bedankte sich bei Kreuzer für die wertvolle Vorarbeit und bei den Rotariern für die wertvolle Unterstützung.

Im Notfallpass werden für eine Behandlung wichtige Informationen eingetragen. „Das erleichtert jedem Mediziner und Ersthelfer im Notfall die Arbeit“, ist sich Kreuzer sicher. Bei der Erstellung wurde auch eine Anregung von Helmut Baumann berücksichtigt: Der Pass ist zweisprachig, in deutscher und tschechischer Sprache, erschie-

nen. „Dies ist für uns im Grenzgebiet ganz sicher sinnvoll und richtig“, betont er.

Auch sein Nachfolger Maier ist voll des Lobes: „Der Ausweis ist nicht nur für Senioren eine gute Hilfe. Auch jüngere Menschen können in Notsituationen geraten, auch bei ihrer Behandlung kann der Pass dem Arzt eine Hilfe sein“, sagt er. Und Kreuzer ergänzt: „Ganz wichtig ist, dass der Notfallpass sorgfältig ausgefüllt wird und man ihn immer dabei hat. Idealerweise in Brieftasche oder Geldbeutel.“

In der Erstauflage wurden 6.300 Notfallpässe gedruckt und diese werden nun an die Gemeinden verteilt. Dort können interessierte Landkreisbürgerinnen und -bürger einen Notfallpass kostenlos abholen. „Natürlich nur, solange der Vorrat reicht“, betont Kreuzer, wobei die Rotarier bereits signalisierten, dass sie auch eine Neuauflage finanziell unterstützen werden.

*Christine Kreuzer*

## > Regensburg

### Heiterer Neujahrsempfang mit jeder Menge Information – viel Lob zum 40. Geburtstag

Heuer durfte der Seniorenbeirat der Stadt Regensburg seinen 40. Geburtstag feiern. Dies geschah im Rahmen des Neujahrsempfangs mit einem unterhaltsamen und informativen Nachmittag im Bürgerheim Kumpfmühl.

„Als starke Netzwerker haben Sie alle Facetten der Szene im Blick“, lobte Bürgermeisterin Malz-Schwarzfischer

Situationen zu meistern. In diesem Jahr steht neben einer Theaterfahrt nach Pilsen die Besichtigung der Kompostieranlage Mainburg auf dem Programm. Ein Punkt, der Vorsitzendem Mös besonders am Herzen liegt. „Ich war erst gegen die Biotonne. Doch nachdem ich gesehen habe, wie aus dem Abfall Gas wird und er so der Gesellschaft nützt, halte ich sie für sinnvoll.“

Dass die Angebote des Seniorenbeirates mehr denn je angenommen werden, führt Mös auch auf den demogra-

mer ein offenes Ohr und an das kommt man auch unkompliziert heran. Ich rufe die Verwaltung einfach an, wenn der Schuh drückt.“

Angesichts solcher Harmonie wurde Franz Wölfl, Vorsitzender der Landes-Seniorenvertretung Bayern „beinahe neidisch“, Wölfl beklagte, dass das Alter in unserer Zeit einen eher schlechten Stellenwert besitze. Dabei sei es die beste Zeit des Lebens. Nur zehn Prozent aller Senioren seien pflegebedürftig, die überwiegende Mehrheit fühle sich rüstig.



Von links nach rechts: Bezirks- und Stadtrat Hans Renter; Michael Drindl, Geschäftsführer VdK Regensburg; Stadträtin Dagmar Schmidl; Franz Steinwede, Betriebsleiter RVV; Petra Frauenstein, stellvertretende Leiterin des Seniorenamtes Regensburg; Günther Lange, Leiter ZBFS Regensburg; Gertrud Malz-Schwarzfischer, Bürgermeisterin der Stadt Regensburg; Dr. Peter Donauer, Sachgebietsleiter Regierung der Oberpfalz; Josef Mös, 1. Vorsitzender des Seniorenbeirates der Stadt Regensburg; Brigitte Schlee, Stadträtin; Franz Wölfl, Vorsitzender der LSVB; Herbert Lerch, Leiter des Seniorenamtes Regensburg und Rosi Thoma, Vorsitzende der CSU-Senioren-Union.

in ihrer Begrüßung. Der Seniorenbeirat sorge mit einer Reihe von Angeboten für ein selbstbestimmtes Leben der Regensburger im Alter. Ob Fahr-sicherheits-Training, Vorträge zu praktischen Themen, finanzielle und ideale Beratung, heitere Tanznachmittage, Ausflüge und Tagesreisen: So gut wie kein Lebensbereich bleibt ausgespart. Infotage zur Gesundheit runden die Palette ab. Kooperationen mit dem Sicherheitsbeitrag helfen, schwierigen

fischen Wandel zurück. Immer mehr Menschen sind mit Fragen „ist es besser wenn ich ins Heim gehe und wie finde ich das richtige“ oder „was nützt mir das Schwerbehindertengesetz“ konfrontiert. Durch die Zusammenarbeit mit RENENA („Regensburgs nette Nachbarn“) könnten ganz praktische Erleichterungen vermittelt werden, im Haushalt beispielsweise. Das Kompliment der Bürgermeisterin gab der Beiratsvorsitzende zurück: „Sie haben im-

Den anschließenden Sekt-Empfang leiteten Irene Treitinger und Ingeborg Hubert mit der Rezitation heiter-besinnlicher Texte von Joachim Ringelnatz und Cäsar Fleischlen ein. Das Querflötentrio der Städtischen Sing- und Musikschule umrahmte musikalisch und Josef Mös kramte zur Überraschung aller noch einmal ganz tief in der Erinnerungskiste. Sein Sternsingergedicht hatte er erstmals als Bub vor 70 Jahren vorgetragen.

## > Sonthofen

### „Wir sind für alle da“ Erste Betriebe mit dem Zertifikat „Seniorenfreundlicher Service“ ausgezeichnet

„Seniorenfreundlichkeit“ ist nicht gesetzlich definiert. Es gibt deshalb keine Norm für diesen Begriff. Im Vordergrund steht dabei nicht die absolute Barrierefreiheit, sondern Maßnahmen,

Nach monatelangen Vorbereitungen haben Mitglieder des Seniorenbeirats in Sonthofen Betriebe besucht und anhand einer Checkliste geprüft, ob die genannten Kriterien für das Zertifikat „Seniorenfreundlicher Service“ vorliegen. Elf Betriebe erhielten am 22. Februar 2019 im Rathaus nun die Auszeichnung „Seniorenfreundlicher Service“ von Bürgermeister Christian Wilhelm und dem Vorsitzenden des Senioren-

dacht werden: Wo ältere Menschen auf Probleme stoßen, haben jüngere Kunden, insbesondere Familien mit Kindern, häufig auch Schwierigkeiten. Erfreulicherweise konnte der Seniorenbeirat im Rahmen dieser Aktion feststellen, dass bei vielen Geschäftsleuten und den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung Verständnis für die Probleme der älteren Generation da ist. Nun gilt es in der Gesellschaft das Be-



Foto: Stadtverwaltung Sonthofen

Links der Vorsitzende, Lothar Koch und rechts Bürgermeister, Christian Wilhelm mit den Vertreterinnen und Vertretern der ausgezeichneten Betriebe.

die für Ältere unterstützend wirken und dazu führen, dass Menschen mit Einschränkungen ohne „besondere Erschwernisse und grundsätzlich ohne fremde Hilfe einkaufen können.“ Es sind relativ einfache Mittel mit denen dies erreicht werden kann: Ein Barriere armer Zugang; hilfsbereites und freundliches Personal, das berät und unterstützt; übersichtlich gestaltete und gut ausgeleuchtete Räumlichkeiten, rutschfeste Böden, gut leserliche Preisauszeichnungen, gut erreichbare Waren in den Regalen usw. und natürlich der Hinweis, wo die nächste Toilette zu finden ist.

beirats, Lothar Koch. Erkennbar sind diese Betriebe am Logo an der Eingangstüre. Bei der Aktion geht es nicht darum, Geschäfte für ältere Menschen zu schaffen. Vielmehr will der Seniorenbeirat die Unternehmen für die Bedürfnisse von Senioren und Seniorinnen zu sensibilisieren. Denn oft fehlt die Kenntnis über altersbedingte Beeinträchtigungen und so sind Menschen mit Einschränkungen als Verbraucher nicht selten benachteiligt. Es gilt deshalb die Brille der älteren Kunden aufzusetzen! Nur so werden viele Kleinigkeiten auffallen, an die vorher nicht gedacht wurde. Dabei sollte be-

wusstsein für die Probleme der „Alten“ zu stärken. Wobei: Alter ist nicht gleich Alter und nicht jeder ältere Mensch hat Probleme beim Einkauf. Der Seniorenbeirat der Stadt Sonthofen sieht diese Aktion als ersten Schritt auf dem Weg zu einer „Seniorenfreundlichen Stadt.“ Die ersten positiven Reaktionen auf einen Artikel über die Auszeichnung in einer regionalen Zeitung stimmen optimistisch. „Uns ist aber bewusst, dass es eine weiter Weg ist und halten uns deshalb an Kafka, der einmal sagte: Wege entstehen dadurch, dass man sie geht.“

*Lothar Koch*

## > Straubing

### Seniorenbeirat hält Rückschau

Zu ihrer Jahresabschlussbesprechung trafen sich die Mitglieder des Straubinger Seniorenbeirats im Café Rispetto in Straubing. Der Vorsitzende Alfred Zeitler fasste in einem kurzen Rückblick die Ereignisse des Jahres zusammen:

kehrten mit interessanten Eindrücken über die digitale Teilhabe am Leben im Alter zurück, um nur einige Beispiele aufzuzeigen.

Zu den größten Erfolgen der Tätigkeiten und des Einsatzes des Seniorenbeirats Straubing zählt sicherlich die nun kostenlose Nutzung der ÖPNV in der Stadt für 80-jährige, die ihre Fahrerlaubnis zurückgeben.

auf Landtags- sowie Bundestagsabgeordnete wurde zusätzlich eine Verbesserung der Serviceleistung der DB am Straubinger Bahnhof geschaffen.

Als Erfolg verzeichnet der Seniorenrat ebenso, dass nach wiederholten Anträgen ein rollstuhlgerechter Aufgang entlang des Herzogschlusses angelegt worden ist.

Problematisch und ungelöst ist aller-



Vorsitzender Alfred Zeitler (rechts), Stellvertreterin Christa Brunner (mitte.)

Wichtige Einblicke in die Aktionen der Tagespflege erhielt man bei einem Besuch der Pflegeeinrichtung Protschka. Durch diese Einrichtung haben pflegende Angehörige nun die Möglichkeit Zeit für sich selbst zu gewinnen. Im Königshof lernten die Seniorenbeiräte das betreute Wohnen kennen.

Einige Seniorenbeiräte besuchten im April die Messe „Ü 66“ in München und

Schon beinahe hundert Personen haben in diesem Jahr von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Die Befristung auf drei Jahre ist allerdings völlig unbefriedigend.

Im Bereich „Barrierefreier Bahnhof“ erreichte der Seniorenrat eine durchgehende Anbringung der Handläufe an der Überbrückung. Durch Einwirken

ding bis heute die Aufstellung eines Wartehäuschens für Benutzer des Stadtverkehrs im Straubinger Süden. Auch die Gewährung von Zuschüssen aus Bundes- oder Landesmitteln für die Schaffung einer Generationenbegegnungsstätte am Gstütt stieß auf unüberwindliche Hindernisse.

*Alfred Zeitler*

## > Landkreis Unterallgäu

### Wie Senioren mobil bleiben

#### Fahrsicherheit und Flexibus Themen beim Netzwerk „Altenhilfe und seelische Gesundheit“

**Unterallgäu.** Was sollten Senioren beim Autofahren beachten? Welche Möglichkeiten bietet der Flexibus, um auch im Alter mobil zu bleiben?

Psychologin Heidrun Rebstock vom TÜV-Süd informierte über das Thema Fahrsicherheit im Alter.

Manuel Steber von Steber-Tours stellte den Flexibus vor.

Ältere Fahrer fahren laut Heidrun Rebstock besser, als die meisten Verkehrsteilnehmer befürchten, sie fahren aber nicht so vorbildlich, wie sie selber glauben. Die Psychologin ging in ihrem Vortrag auf die im Alter auftretenden Probleme und Schwierigkeiten

Neben Sehhilfen und ärztlichen Kontrollen – insbesondere bei Sehstörungen und anderen Erkrankungen – können dies Bremsverstärker, Einparkhilfen oder Navigationssysteme sein.

Mobil bleiben Senioren auch mit dem Flexibus. Der Bus fährt unabhängig von einem Fahrplan auf Anfrage. Manuel Steber bezeichnete das Angebot als „Mischung aus Taxi und Linienbus.“ Unter anderem hob er die große An-



Foto: Hubert Plepla/Landratsamt Unterallgäu

Um Fahrsicherheit und Mobilität im Alter ging es beim Plenum „Netzwerk Altenhilfe und seelische Gesundheit.“

Um Fragen wie diese ging es bei einer Veranstaltung des Netzwerks „Altenhilfe und seelische Gesundheit Memmingen-Unterallgäu“ im Landratsamt in Mindelheim.

beim Fahren eines Autos ein. Sie riet Senioren, sich selbstkritisch zu hinterfragen, was man sich zutrauen kann. Um Schwächen auszugleichen, sollte man nach ihren Worten technische und medizinische Hilfen nutzen.

zahl an Haltestellen hervor und betonte, dass in den komfortablen Kleinbussen auch Gehhilfen oder Rollstühle mitgenommen werden können. Wer eine Person begleite, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sei, fahre kostenlos



Foto: Andreas Troll

Abendliche Stimmung mit Blick auf die Festung Marienberg oberhalb von Würzburg.

mit. Außerdem würden viele Geschäfte, Ärzte und öffentliche Einrichtungen den Bus für ihre Kunden und Patienten reservieren. Aktuell gibt es den Flexibus im Raum Kirchheim-Pfaffenhäusern und im Bereich Mindelheim-Dirlewang-Kammlach.

Nach den Vorträgen berichteten die Sprecher der Arbeitskreise über die aktuellen Themen des Netzwerks. Das Netzwerk „Altenhilfe und seelische Gesundheit“ haben Vertreter des Landkreises Unterallgäu, der Stadt Memmingen, des Gemeindepsychiatrischen Verbunds Memmingen-Unterallgäu und des Bezirks Schwaben ins Leben gerufen.

Die Themen, die von Nachbarschaftshilfe über Demenz und Prävention bis hin zur stationären Versorgung reichen, werden von acht Arbeitsgruppen bearbeitet. Die Akteure der Altenhilfe zu vernetzen sei sehr gewinnbringend gewesen, betonte Landrat Hans-Joachim Weirather.

Weirather und alle Mitwirkenden waren sich einig, dass man die Seniorenarbeit im Unterallgäu und Memmingen durch das Netzwerk weiter voranbringen haben können.

Im Anschluss an die Vorträge und Berichte aus den Arbeitskreisen bestand die Möglichkeit, mit den Sprechern der Arbeitsgruppen zu diskutieren. Dies wurde von den zahlreichen Teilnehmern rege angenommen.

### > Würzburg

#### **Die Seniorenvertretung der Stadt Würzburg hat sich erfolgreich für Senioren eingesetzt**

Die Seniorenvertretung der Stadt Würzburg hat sich erfolgreich für Senioren eingesetzt. Sie hat auf eine Benachteiligung von Würzburger Senioren durch Krankenkassen – insbesondere der DAK-Gesundheit – hingewiesen.

Mitglieder der DAK-Gesundheit konnten ihre stationäre Reha-Maßnahmen nicht mehr in den zwei dafür geeigneten Reha-Kliniken in Würzburg wahrnehmen, sondern die Patientinnen und Patienten mussten in andere Orte ausweichen – z. B. Bad Kissingen, Bad Merxheim usw., – weil diese Vertrags-einrichtungen geringere Tagessätze haben.

Es wurde keine Rücksicht auf die Lebenssituation des Einzelnen genommen, Alter, Geschlecht, Familie, das

gesamte persönliche Umfeld wurden nicht beachtet.

Stationäre geriatrische Reha-Maßnahmen sollten vor allem bei älteren/hochbetagten Patientinnen und Patienten möglichst in der Nähe des Wohnortes sein, damit vorhandene Kontakte zu Familie und Freunden erhalten werden können.

Die Seniorenvertretung hat diese Problematik öffentlich gemacht und entsprechende Informationen an Politiker und wichtige Persönlichkeiten in Bayern und Berlin geschickt, sowie zusätzlich verschiedene Medien eingeschaltet.

Anfang Mai hat die DAK-Gesundheit in einem Brief allen in Frage kommenden Krankenhäusern mitgeteilt, dass grundsätzlich alle Kliniken für stationäre Reha-Maßnahmen, die eine entsprechende Zulassung haben, durch die DAK-Gesundheit wieder belegt werden können. Die Seniorenvertretung der Stadt Würzburg freut sich über diesen Erfolg.

*Günther Rinke,  
Vorsitzender der Seniorenvertretung  
der Stadt Würzburg*



## Neue Mitglieder:

- Tiefenbach (Niederbayern)
- Tegernheim (Oberpfalz)

### > Vorstellung der Neumitglieder:

#### > Tegernheim

##### Tegernheim stellt sich vor

Seit 1. Januar 2019 ist die oberpfälzische Gemeinde Tegernheim Mitglied in der LSVB.

Roberto Mazotta ist der Beauftragte für Senioren und Menschen mit Behinderung. Sein Leitspruch ist „Älter werden aber jung bleiben“ – sein Anliegen ist u. a. die Barrierefreiheit in der Gemeinde.

Die Arbeit ist im Aufbau, aber zusammen mit dem Team „Senioren und Menschen mit Behinderung“ werden ein monatlicher generationenübergreifender Stammtisch, eine Bürgerversammlung zu aktuellen gesellschaftlichen



Foto: privat

Roberto Mazotta, Beauftragter für Senioren und Menschen mit Behinderung.

Themen vorbereitet und durchgeführt, genauso wie z. B. die Organisation von Kinobesuchen und andere gemeinschaftliche Aktivitäten. Seit Januar 2019 wird monatlich auch ein offener Mittagstisch organisiert, der inzwischen dreimal mit großem Zuspruch stattge-

funden hat. Viele Menschen suchen heutzutage mehr denn je die Möglichkeit, gemeinsam etwas zu tun.

Eben: „Gemeinsam schmeckt's besser“ ist das Motto des offenen Mittagstisches.

## Termine 2019:

**Vorstandssitzung:** 15.05., München

**Sozialpolitischer Ausschuss:** 10.07./16.10., München

**Beiratssitzung:** 20.11., Ansbach

**Bezirksversammlungen:** Schwaben, 24.04., Memmingen  
 Unterfranken, 03.06., Würzburg  
 Mittelfranken, 19.06., Fürth  
 Unterfranken, 08.10., Bergheinfeld  
 Mittelfranken, 13.11., Fürth

**Landesdelegiertenversammlung:** 01./02.07., Regensburg

# Risiken und Gefahren der Bargeldabschaffung



Foto: www.fotolia.de · © MAT-in-Photo

Dem Einkäufer erscheint es zunächst bequemer mit der EC-Karte oder künftig auch mit dem Handy zu zahlen. Doch wollte er sich einen genauen Überblick über seine geleisteten Ausgaben und Kontobewegungen verschaffen, müsste er Belege und Auszüge sammeln und später überprüfen (Zettelwirtschaft). Wer will sich diese Mühe schon machen? Mit Bargeld kann ich dagegen die Transaktion sofort sorgenfrei abschließen und ich gebe keine persönlichen Daten von mir preis. Ich werde nicht zum gläsernen Menschen und das Guthaben auf meinem Konto kann nicht durch einen Hacker-Angriff oder durch einen Absturz des Systems verlorengehen.

Bargeldlose Zahlung bedeutet zudem für viele eine Schuldenfalle, weil sie nicht mehr so einfach ihren aktuellen Kontostand überblicken können.

nen. Aus all dem folgt: Freiheit und Sicherheit des Nutzers sind bei einer Bargeldabschaffung nicht mehr gewährleistet. Ein Vergleich aus dem Bereich der Telekommunikation: Es gäbe kein Telefon mehr und man müsste sich auf E-Mail-Verkehr beschränken. Bei Bargeldlosigkeit existieren die Bankguthaben nur virtuell, d. h. ich habe nicht mehr die Möglichkeit, mein Geld abzuheben und mit nach Hause zu nehmen, stattdessen hält die Bank ihre Hand drauf und kann sogar mein Guthaben mit Minuszinsen und Gebühren belegen. Das alles sind Argumente für die Barzahlung und den dauerhaften Erhalt des Bargeldes.

Die Abhebung am Bankautomaten sollte der Kunde aber mühelos und unkompliziert sowie vollkommen barrierefrei durchführen können. Dazu trägt unter anderem die richtungssortierte, vorderseitige Ausgabe der Geldscheine am Automaten bei. Durch das Aufstellen entsprechender Geräte würden die Banken auch ihre Kundenfreundlichkeit zum Ausdruck bringen. Die Forderung nach solchen Verbesserungen und dem Bargelderhalt ist nicht nur im Sinne von sehbehinderten und blinden Menschen, sie lässt sich meiner Meinung nach auch aus dem Grundgesetz ableiten, in dem die Gebote zur Freiheit und zu gleichen Chancen für alle Menschen verankert sind.

Mein Anliegen ist mir sehr wichtig.

Ich habe deswegen im Deutschen Bundestag eine Petition eingereicht. Das Plenum nahm sie an und erteilte der Bundesregierung den Auftrag sich für sie einzusetzen. Die meisten Menschen sind gegen die Abschaffung des Bargeldes. Der Wunsch einer dauerhaften Beibehaltung wird durch die Verbesserung der Geldautomaten gestärkt, da dann der Umgang mit Bargeld noch einfacher und sicherer wird.

Raymund Haller, Karlsruhe-Durlach,  
Telefon: 0721 498106

**LSVB-Nachrichten Ausgabe 1/2019**

Verbandszeitschrift für Mitglieder der LSVB und andere interessierte Aktive in Seniorenarbeit und Seniorenpolitik

**Erscheinungsweise**  
der LSVB-Nachrichten 2019:  
2 Ausgaben

**Redaktionsschluss Ausgabe 2/2019:**  
15.09.2019

**Verantwortlich:**  
Franz Wölfl, Vorsitzender

**Redaktion:**  
Gabriele Obst, Jürgen Wilhelmi

**Herausgeber:**  
LandesSeniorenVertretung Bayern e. V. (LSVB)  
Schellingstraße 155  
80797 München  
Telefon: 089 954756990  
E-Mail: seniorenvertretung-bayern@lsvb.info  
www.lsvb.info


**Layout & Grafikdesign:**  
Grafikbüro (S) · Werner Schromm  
An der Kreuzbreite 11  
86556 Kühbach  
www.grafikbueros.de

**Produktion:**  
Druckerei Wennig Druck GmbH  
Breslauer Straße 7  
91550 Dinkelsbühl  
www.wennig.de

**Fotos:**  
Helmut Beck, Dieter Britz, Ralf Eberle · Stadt Bobingen, Julia Ehrlich · M.A. (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit), Graf · Donapost, Xaver Habermeier, Eleana Hegerich · StMAS, Josef Hoppe, Peter Hölzer, Langer · Landkreis Regen, Günther Loidl, Edeltraud Nuhn · Landshut, Hubert Plepla · Landratsamt Unterallgäu, Privat, Bernhard Seidenath, Seniorenbeirat Altötting, Stadtverwaltung Sonthofen, Andreas Troll, www.fotolia.de: © MATT-in-Photo, © Robert Kneschke, © Wolfilser.

**Hinweis:**  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Autoren sind im Sinne des Presse-rechtes für den Inhalt selbst verantwortlich. Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten. Der Nachdruck von Textbeiträgen ist gegen Quellenangabe und Belegexemplar kostenfrei gestattet, die Nutzung von Fotos nur nach Rücksprache mit der LSVB.

Wir werden durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gefördert.



## Diese Seite kann als „Kommunikations-Service-Seite“ genutzt werden:

**Der Antrag des Seniorenbeirats Memmingen aus der  
letztjährigen Delegiertenversammlung in Kempten  
kann an dieser Stelle umgesetzt werden.**

Die einzelnen Seniorenvertretungen haben damit Gelegenheit, sich mit Anfragen an andere Seniorenbeiräte/-vertretungen mit der Bitte um Unterstützung zu wenden.

Beispiele: „Wer hat Erfahrungen mit der Durchführung von Rollatoren-/Rollstühle-Parcours? Seniorenbeirat Memmingen.“  
Oder: „Die Deutsche Bahn bietet praktische Übungen am Fahrkarten-Automaten an...“

Wir hatten Sie darüber in unserem Infobrief Nr. 12 schon informiert und würden uns freuen, diese Neuerung in der Ausgabe 2/2019 an dieser Stelle wahr werden zu lassen.



LandesSeniorenVertretung Bayern e.V.

**Dachorganisation der kommunalen Seniorenbeiräte und Seniorenvertretungen in Bayern**